

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2015 / 2016

Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 05215

Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 03.05.2016

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zur beiliegenden Bekanntgabe

Anlass	Das Referat für Arbeit und Wirtschaft berichtet dem Stadtrat in regelmäßigen Abständen über die Aktivitäten der städtischen Dienststellen im Städtenetzwerk EUROCITIES.
Inhalt	In der Vorlage wird ein Überblick über das Engagement der städtischen Dienststellen im EUROCITIES-Netzwerk 2015 gegeben. Im Anschluss daran steht ein Ausblick auf 2016.
Gesucht werden kann im RIS auch nach	Europa EUROCITIES Städtenetzwerk

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2015 / 2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05215

**Vorblatt zur Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am
03.05.2016**

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis		Seite
I.	Vortrag des Referenten	1
1.	Einleitung	1
2.	EUROCITIES 2015 / 2016	1
2.1	Mitwirkung der Stadt an EUROCITIES-Stellungnahmen	3
2.2	Mitarbeit in EUROCITIES-Foren und Arbeitsgruppen	4
2.3	EUROCITIES Jahrestagung 2015 in Malmö / Kopenhagen	17
2.4	EUROCITIES - Veranstaltungen 2015 in München	18
3.	Für 2016 geplante Aktivitäten in Foren und Arbeitsgruppen in München	18
II.	Bekannt gegeben	19

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2015/2016

Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 05215

4 Anlagen

**Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am
03.05.2016**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Einleitung

Seit 1992 ist die Landeshauptstadt Mitglied im europäischen Städtenetzwerk EUROCI-
TIES. München nutzt das europäische Netzwerk der großen Städte des Kontinents,
um städtische Positionen in den europäischen Politikprozess einfließen zu lassen.
Hier erweist sich der gute und direkte Draht des Netzwerkes zu Vertretern der Euro-
päischen Kommission und des Europäischen Parlaments als außerordentlich hilfreich.
Im Rahmen der von der Europäischen Kommission entwickelten Strategie „Urbanen
Agenda“ verfolgt EUROCITIES den Prozess der Weiterentwicklung des europäischen
Institutionengefüges und setzt sich dafür ein, den Städten eine stärkere Mitwirkungs-
funktion als bislang zu geben.

Neben der Lobbyingfunktion für kommunale Belange informiert EUROCITIES seine
Mitglieder über aktuelle Entwicklungen der europäischen Gesetzgebung und über po-
litische Initiativen der europäischen Organe mit Relevanz für die Kommunen. Es bietet
ferner eine Plattform zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch für seine derzeit über
130 Mitgliedsstädte in 36 Ländern. Eine Übersicht über die EUROCITIES-Mitglieder
gibt Anlage 1. Die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt München wird durch das Refe-
rat für Arbeit und Wirtschaft betreut. Im Folgenden wird der Stadtrat über das Engage-
ment der städtischen Dienststellen und die Bedeutung des Städtenetzwerkes für die
Arbeit der Landeshauptstadt informiert.

2. EUROCITIES 2015 / 2016

Allgemeines

Turnusgemäß haben die Oberbürgermeisterin von Nantes, Johanna Rolland und der
Oberbürgermeister der Stadt Gent, Daniel Termont, 2016 die zweite Hälfte ihrer Amts-
zeit als Präsidentin bzw. als Vizepräsident angetreten. Ende des Jahres 2015 ist auf
eigenen Wunsch Vanda Knowles, die für die politische Ausrichtung und inhaltliche
Ausgestaltung der EUROCITIES-Stellungnahmen verantwortlich war, aus dem Netz-
werk ausgeschieden.

Bei den Wahlen zum EUROCITIES Exekutivkomitee wurden die Städte Barcelona,

Gent und Leipzig wieder gewählt. Die Stadt Turin trat nicht mehr an. Statt dessen wurde Ljubljana in das Leitungsgremium von EUROCITIES gewählt.

Als Nachfolgerin der Stadt Bratislava, die ihr Mandat vorzeitig niedergelegt hat, wurde die Stadt Florenz gewählt. Einen Überblick über die aktuelle Zusammensetzung des Exekutiv-Komitees gibt Anlage 2.

2015 sind folgende Städte dem Netzwerk neu beigetreten:

- Belgrad (Serbien)
- Beylikdüzü (Türkei)
- Groningen (Niederlande)
- Kardzhali (Bulgarien)
- Lausanne (Schweiz)
- Mezitli (Türkei)
- Ostende (Belgien)
- Sipoo (Finnland)

Für 2016 haben die beiden Städte Kiel und Stuttgart einen Antrag auf Beitritt gestellt. Damit wird das Netzwerk der deutschen EUROCITIES-Mitgliedsstädte auf 20 Mitglieder wachsen.

Die EUROCITIES Jahreskonferenz 2016 wird von Mailand vom 16.-18. November 2016 organisiert und steht unter dem Motto „Sharing Cities“ („Städte des Teilens“: Mitwohnen, Mitfahren, geteilte öffentliche Plätze, geteilte Kultur etc.). Auch 2016 wird es wieder EUROCITIES-Preise für herausragende kommunale Projekte geben, die einen Bezug zum Motto der Jahreskonferenz haben. Sie werden für Projekte in den drei Kategorien Innovation, Partizipation und Kooperation vergeben. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird andere städtische Referate, sofern sie sich daran beteiligen wollen, bei der Ausarbeitung eines entsprechenden Beitrages unterstützen.

2015 hat EUROCITIES mit dem „Urban Dialogue“ ein neues Konferenzformat eingeführt. Aktuelle Themen mit Städtebezug werden von politischen Repräsentanten des Netzwerkes vorgestellt und geben die offizielle Position des Städtenetzwerkes wieder. In einem zweiten Schritt werden sie dann mit Experten, Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission diskutiert. Damit können kommunale Themen und die entsprechende EUROCITIES-Position effektiv verbreitet werden.

2015 gab es zwei Dialoge. Zum einem zu Migration und Asyl und zum anderen zum Klimawandel. Die Konferenzreihe soll 2016 fortgesetzt werden.

Thematische Schwerpunkte 2015

Schwerpunkte der Arbeit des Netzwerkes bildete der kommunale Erfahrungsaustausch zur Integration von Flüchtlingen und Migranten sowie die Bemühungen, derartige kommunale Initiativen besser als bisher durch die Europäische Kommission – beispielsweise über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) – gefördert zu

bekommen. Das Netzwerk hob die Bedeutung von kulturellen Aktivitäten zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung und der Stadterneuerung hervor. Im Umweltbereich nutzte EUROCITIES die Möglichkeiten, die die Weltklimakonferenz 2015 in Paris (COP21) geboten hat, um die Rolle der Städte bei der Reduzierung von Klimagasen zu unterstreichen. Qualitätsstandards für Luft einzuhalten, ist für viele Kommunen eine Herausforderung. Das Netzwerk setzte sich erfolgreich bei Europaparlamentariern dafür ein, im Rahmen der Revision der Richtlinie zu Emissionsgrenzwerten strengere Grenzwerte, v. a. für Ammoniak, einzuführen. Die dadurch bedingte niedrigere Hintergrundschadstoffbelastung erleichtert es den Städten, die kommunalen Grenzwerte einzuhalten. Außerdem setzte sich EUROCITIES dafür ein, die Hersteller von Neuwagen zu verpflichten, realitätsnähere Messverfahren einzusetzen, um dadurch zu niedrigeren Emissionswerten bei Neufahrzeugen zu kommen. Im vergangenen Jahr war EUROCITIES Partner der Kampagne „Do the right mix“, mit der die nachhaltige Mobilität gefördert werden soll. Auch das Kreisverwaltungsreferat beteiligte sich an der Kampagne. Hervorzuheben sind auch die Aktivitäten des Netzwerkes, die es Städten erleichtern sollten, sich erfolgreich am EU Programm „Smart Cities and Communities“ zu beteiligen. Die Stadt München profitierte hiervon mit ihrem von der EU prämierten Projektvorschlag „Smarter Together“.

2.1. Mitwirkung der Stadt an EUROCITIES-Stellungnahmen

Auch 2015 hat EUROCITIES zu wichtigen europäischen Politikthemen Stellung genommen, um die Interessen der Großstädte Europas gegenüber den europäischen Organen, v. a. der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, zu vertreten. Die Liste der Stellungnahmen ist als Anlage 3 der Bekanntgabe beigefügt. Hier wird nur auf einzelne Berichte exemplarisch eingegangen.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft beteiligte sich an der EUROCITIES **Deklaration zur Arbeit in Europa**, in der die Mitgliedstädte auf die Rolle der Städte zu diesem Thema aufmerksam machen und sicherstellen wollen, dass lokale Beschäftigungsstrategien in der nationalen und EU Politik adäquat wiedergespiegelt werden. In der Stellungnahme „**VAT Refund for Public Services**“ forderte EUROCITIES, ähnlich wie bereits früher München, die derzeitigen Regelungen zur Mehrwertsteuer für den Bereich der öffentlichen Unternehmen, gerade auch der Betriebe in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, unverändert zu lassen. Insbesondere wurde mit der EUROCITIES-Erklärung die Münchner Forderung nach Beibehaltung des Mehrwertsteuerprivilegs, welches derzeit Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge von der Mehrwertsteuer befreit, unterstützt. In seiner Stellungnahme zum geplanten **Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)** setzte sich EUROCITIES für mehr Transparenz und eine Beteiligung der Kommunen an den Verhandlungen ein. Ferner sollen die öffentlichen Daseinsvorsorgeleistungen ausgenommen werden. Von EUROCITIES werden zudem die internationalen Schiedsgerichte „Investor-State-Dispute-Settlement (ISDS)“ abge-

lehnt. Eine Reihe dieser Forderungen wurden inzwischen von der Europäischen Kommission in den fortlaufenden Verhandlungen und dem Europäischen Parlament in einer Entschließung aufgenommen.

Mit der EUROCITIES Stellungnahme „**High Quality of Public Services**“ wurde die frühere Stellungnahme aus dem Jahr 2013 überarbeitet und hinsichtlich aktueller Entwicklungen wie beispielsweise der Herausnahme der Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie, die bereits früher von der EUROCITIES Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge gefordert worden war, angepasst.

Derzeit ist die EUROCITIES Stellungnahme „**State Aid and Local Public Services**“ im Abstimmungsprozess und wird 2016 verabschiedet werden. Im Vorgriff auf die bevorstehende Halbzeitbewertung der EU-beihilferechtlichen Vorschriften, insbesondere des sogenannten „Almunia-Pakets“, setzt sich die Erklärung - an der auch das Referat für Arbeit und Wirtschaft mitgewirkt hat - für praxisnahe, verständliche und kohärente europäische Beihilferechtsregelungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ein. Insbesondere plädiert die Erklärung für bestimmte Ausnahmen sowie die Anpassung an den Umstand, dass größere Städte auch höhere Ausgaben für Daseinsvorsorgeleistungen haben. Gefordert wird die Reduzierung von Berichtspflichten auf ein Minimum, um unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden. Das Sozialreferat beteiligte sich an der Stellungnahme zum Thema Asyl in Städten. Migrantinnen und Migranten suchen bevorzugt die großen Städte des Kontinents auf. EUROCITIES fordert deshalb mit der Stellungnahme die Europäische Kommission auf, die vielfältigen in den Städten bereits gemachten Integrationserfahrungen europaweit stärker als bislang bei der Ausgestaltung der europäischen Politik zu nutzen und die Städte bei ihren Integrationsbemühungen gezielt zu unterstützen.

Der Stadtrat wurde in der Sitzung der Europakommission am 02.07.2015 über die Konsultation zum Weißbuch Verkehr der Europäischen Kommission informiert. Der Münchner Beitrag enthielt Positionen zu den Bereichen Lärmbelastung und Schadstoffemissionen, Flächenverbrauch bzw. -konkurrenz, Verkehrsvermeidung und -verlagerung, umweltfreundliche Verkehrsmittel, regionaler Bezug (Pendlerverkehr), EU-Wettbewerbs- und Vergaberecht (finanzielle Förderung des ÖPNV), Unterstützung der Städte bei innovativen verkehrspolitischen Ansätzen (Pilotprojekte). Die Stellungnahme der LH München wurde nicht nur an EUROCITIES, sondern auch an den Bayerischen Städtetag, das Europabüro der Bayerischen Kommunen und den RGRE weitergeleitet. Der Deutsche Städtetag hat die Münchner Stellungnahme weitgehend in die eigene Stellungnahme übernommen. Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat zusätzlich zu den Konsultationen zum Weißbuch Verkehr und an der zur Kreislaufwirtschaft mitgewirkt.

2.2. Mitarbeit in EUROCITIES-Foren und Arbeitsgruppen

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die derzeitigen Aktivitäten der städtischen Referate in den Foren und Arbeitsgruppen (AG) gegeben (s. Anlage 4). Die Ar-

beitsgruppen treffen sich in der Regel zwei- bis dreimal jährlich in wechselnden Städten. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt jedes Treffens ist die Besichtigung von erfolgreichen Projekten vor Ort. Ferner informieren die Arbeitsgruppen über die jeweils relevanten politischen Entwicklungen auf europäischer Ebene. Ziel der Arbeitsgruppen ist es, einen Erfahrungsaustausch der Expertinnen und Experten vor Ort zu initiieren und damit zu einer Weiterentwicklung der kommunalen Politik beizutragen. Durch Beispiele wird gezeigt, wie München von der Mitarbeit profitiert und auf welchen Gebieten die Referate besondere Verantwortung für die Leitung von Arbeitsgruppen übernommen haben. Im vergangenen Jahr waren v. a. das Sozialreferat und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung aufgrund personeller Engpässe gezwungen, ihr Engagement im Netzwerk und ihre Mitarbeit bei Arbeitsgruppen zu reduzieren.

2.2.1. Kulturforum

Das Kulturreferat vertritt die Landeshauptstadt München im Kulturforum von EUROCI-TIES. Die Arbeit des Kulturforums und seiner Arbeitsgruppen haben hohe Relevanz für München, denn die nachhaltig angelegten Münchner Konzepte und Projekte beispielsweise zur kulturellen Bildung, zur internationalen Kulturarbeit, zur interkulturellen Öffnung sowie zur Kreativwirtschaft weisen z.T. große Schnittmengen mit den in den Arbeitsgruppen behandelten Diskussionen und Projekten auf. Gleichzeitig dient die Arbeitsgruppe dem regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch über die laufende Arbeit in den einzelnen Städten.

Im Jahr 2015 fanden zwei Treffen des Kulturforums statt – im Frühjahr in Turin, im Herbst in Ljubljana.

Arbeitsgruppe Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern

Die beiden Sitzungen der Arbeitsgruppe Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern fanden wie üblich im Rahmen der beiden Kulturforumstreffen statt. Der Vertreter des Kulturreferats nahm nur am Herbsttreffen in Ljubljana teil. Die Arbeitsgruppe tagte in den Räumen des Museum of Transitory Art (MoTA), eines multidisziplinären, experimentellen Kunstraums. Auf der Tagesordnung stand insbesondere der aktuelle Stand des Forschungsprojektes „Analysis of policies for international Artists' Mobility“, das auf Grundlage der Expertise aus der Arbeitsgruppe durchgeführt wird. Hierzu stellte der Projektleiter von der Universität Turin seine Zwischenergebnisse vor. 15 europäische Städte, darunter München, hatten das Jahr über detaillierte Informationen über ihre Förderinstrumente und Strategien im Bereich der Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern beigesteuert und Kontakte zu geförderten Künstlerinnen und Künstlern in ihren Städten hergestellt, die ihrerseits vom Projektleiter interviewt wurden. Das Projekt knüpft an die 2013 veröffentlichte Studie „European Cities and Cultural Mobility: Trends and Support Actions“ an, die ebenfalls unter maßgeblicher Mitarbeit der Arbeitsgruppe entstanden und anschließend der Europäischen Kommission zugeleitet

worden war. Die endgültigen Ergebnisse der Nachfolgestudie sollen im Frühjahr 2016 vorgestellt werden. Außerdem tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über aktuelle Projekte und Entwicklungen in ihren Städten aus.

Arbeitsgruppe Jugendliche und Kultur

Eine Mitarbeiterin des Kulturreferates nahm am Frühjahrstreffen der Arbeitsgruppe in Turin teil. Nach einer Führung durch die Accademia Albertina (Kunsthochschule und Kunstaussstellung) sowie einer Diskussion mit den dortigen Verantwortlichen über Kunstvermittlung beschäftigte sich die Arbeitsgruppe mit der Fortentwicklung eines geplanten EU-Projekts mit dem Arbeitstitel „Critical Friends Group“. Darin geht es um einen Fachaustausch zu Themen wie Qualitätsentwicklung, kommunale Strategien im Bereich kultureller Bildung oder Kooperationsstrukturen zwischen Schule/Kita und Kulturakteuren u. a. unter Beteiligung lokaler und nationaler Expertinnen und Experten. Für München könnte ein solcher Austausch ein großer Gewinn sein, da München in zentralen strategischen Fragestellungen von den Erfahrungen und dem kritischen Feedback anderer europäischer Städte lernen könnte.

Große Beachtung unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppe fand die Tatsache, dass München 2015 die Stelle eines städtischen Street-Art-Beauftragten eingerichtet hat. Der Umgang mit dem Thema „Street Art/Graffiti“ ist in den teilnehmenden Städten sehr unterschiedlich. Er reicht von rein repressiven Mitteln bis hin zur Unterstützung der lokalen Szenen, beispielsweise durch das zur Verfügung stellen von sogenannten Halls-of-fame und finanzieller Förderung.

Krankheitsbedingt nahm keine Vertreterin Münchens an der Herbsttagung in Ljubljana teil.

Arbeitsgruppe Kreativwirtschaft

Die Vertreterin aus München konnte aus Termingründen 2015 nicht am Treffen der Arbeitsgruppe am 20. und 21. April in Birmingham, sondern nur am zweiten Treffen teilnehmen, das – angegliedert an das Kulturforumstreffen – am 30. September in Ljubljana stattfand. Der Geschäftsführer und Mitbegründer von Poligon, einem innovativen Co-Working Space in Ljubljana, stellte die autonome Plattform für Organisationen aus dem Bereich von Social Entrepreneurship, Kultur und Wirtschaft vor, die in einem Bottom-up Prozess von den Kreativen selbst ins Leben gerufen wurde. Der Präsentation schloss sich eine Diskussion darüber an, welche Faktoren den Erfolg eines Kreativzentrums bestimmen und welche Rolle die Stadtverwaltung bei der Unterstützung dieser Einrichtungen spielen kann.

Da sich die Treffen der Arbeitsgruppen auf fachlichen Austausch beschränken und nicht alle Mitglieder der Arbeitsgruppe kontinuierlich teilnehmen, liegt der Mehrwert der Arbeitsgruppe vor allem im Kennenlernen von Best-Practice Beispielen und im Erfahrungsaustausch. Die gewonnenen Erkenntnisse können in die weitere Entwicklung

der Unterstützungsangebote für die Kultur- und Kreativwirtschaft in München einfließen. Es ist geplant, die Arbeit auch in 2016 fortzuführen, um weiterhin eine bessere internationale Vernetzung und weiteren Erfahrungsaustausch mit städtischen Akteuren im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft für zukünftige Projekte zu erreichen.

2.2.2. Forum Wirtschaftsentwicklung

An dem Forum Wirtschaftsentwicklung hat 2015 nur das Referat für Arbeit und Wirtschaft teilgenommen. 2015 wurde aktiv in der Arbeitsgruppe Unternehmertum mitgearbeitet.

Arbeitsgruppe Unternehmertum

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft präsentierte seine Reihe „Aus der Praxis in die Praxis“, im Rahmen derer Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund sich an einer Fortbildungsreihe speziell für Migrantinnen und Migranten beteiligt haben. Schwerpunkt bei den Treffen in Brüssel bildete das Thema Finanzierung von kleineren und mittleren Unternehmen. Hier ist die Stadt München gut aufgestellt. Die städtische Sparkasse hat einen Garantiefonds aufgelegt, der sich speziell an kleine Unternehmen richtet und einen Risikopuffer zur Garantieübernahme beinhaltet. Ferner wurde die Bedeutung des Crowdfunding hervorgehoben, das auch in München im Rahmen der Unternehmensgründung eine gewisse Bedeutung erlangt hat. Hier plant München beim im Genehmigungsprozess befindlichen Projekt MigroVation eine spezielle Ausdehnung auf Migrantenunternehmen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung leitete bis 2014 die Arbeitsgruppe Integrierte Stadtentwicklung, seither nimmt das Referat nur noch fallweise teil. In der Arbeitsgruppe sind v. a. die Städte Stockholm (neue Leitung), Amsterdam, Brunn, Göteborg, Nacka, Oslo und Wien aktiv. Bei einem Treffen in Wien zum Schwerpunktthema Transformation von Innenstadtrandgebieten waren zwei städtische Expertinnen aus München eingeladen. Sie berichteten über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe aus den vorangegangenen Jahren und stellten die Beteiligungsverfahren zur Neugestaltung des Paulaner-Geländes am Nockherberg vor, die auf großes Interesse stießen. Die Gruppe diskutierte mit einer Expertin der Stadtpsychologie über die Bedeutung von Vertrauen und von Zeit für erfolgreiche Veränderungsprozesse. Eine Exkursion führte zu den Projekten „Kabelwerk“ und „Smart City Vienna – Liesing Mitte“. In einem Teilgebiet – „In der Wiesn“ - ist Wohnungsbau mit „Urban Farming“ und auch kulturelle Nachnutzung von Gebäuden geplant. Teile der Planungen treffen auf großen Widerstand. Die Arbeitsgruppe suchte gemeinsam Wege für eine bessere Kommunikation mit den Betroffenen. Sie hob hervor, dass Transformationsgebiete in der Art von Liesing Mitte einen höheren Stellenwert bekommen sollten. Diese Nachkriegsgebiete mit ihrem Patchwork an Nutzungen und ihren Umwandlungspotenzialen spielen eine wichtige Rolle für die Zukunft wachsender Städte. Dazu ist es notwendig, ihre Ent-

wicklung mit integrierten Ansätzen und ausreichenden Ressourcen voranzutreiben.

2.2.3. Umweltforum

Arbeitsgruppe Luftqualität / Klimawandel / Energieeffizienz

Das Referat für Gesundheit und Umwelt verfolgt mit der Teilnahme an der AG Luftqualität / Klimawandel / Energieeffizienz das Ziel, die Erfahrungen und Bedürfnisse der Landeshauptstadt München im Bereich der Luftreinhaltung in die Lobbyarbeit von EUROCITIES einzubringen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Schadstoffausstoß seitens des motorisierten Verkehrs. Das Jahr 2015 war geprägt von der Überarbeitung der NEC Directive (**N**ational **E**mission **C**eilings Directive – Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe), die im Rahmen des Luftqualitätspakets „Saubere Luft für Europa“ überarbeitet wird. Hierzu nahm das RGU am 28.01.2015 an einer von EUROCITIES initiierten Debatte mit Vertreterinnen und Vertretern des Europäischen Parlaments teil. Dabei wiederholten die Städtevertreterinnen und -vertreter die Forderung nach einer möglichst schnellen Einführung von realitätsnahen EURO 6-Testzyklen zur Verringerung der lokalen Luftschadstoffemissionen, ohne die die Einhaltung der Grenzwerte auch in München sehr schwer ist.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt der Mitarbeit in der AG ist die Nutzung der Erfahrungen anderer Städte für München und das Netzwerken. Insbesondere letzteres war eine wesentliche Rahmenbedingung, dass verhältnismäßig kurzfristig erfolgreich eine Reise des Umweltausschusses zum Thema „Elektromobilität“ nach Oslo organisiert und die Erfahrungen mit dortigen kompetenten Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik und der Verwaltung diskutiert werden konnten. Die Ergebnisse dieser Reise flossen in das IHFEM (Integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München) ein.

Arbeitsgruppe Abfall

Die Aufgabe der EUROCITIES Arbeitsgruppe Abfall ist die Lobbyarbeit für die kommunale Abfallwirtschaft der großen Städte in Europa und der Erfahrungsaustausch der Mitglieder. Aus diesem Grund stand die Arbeit der Arbeitsgruppe dieses Jahr ganz im Zeichen des neuen europäischen Pakets zur Kreislaufwirtschaft. Dieses Paket wird die Abfallwirtschaft in Europa für die nächsten 15 Jahre bestimmen. Nachdem die Juncker-Kommission den Entwurf zur Abfallrahmenrichtlinie der Vorgängerkommission im Januar 2015 zurückgezogen hatte, versprach sie bis Dezember 2015 ein neues, ambitioniertes Programm vorzulegen. Ein erstes Treffen des Vorsitzenden Hakon Jentoft aus Oslo und des stellvertretenden Vorsitzenden Günther Langer aus München fand im Februar, am Rande einer Konferenz in Brüssel statt, bei der beide zu einem Vortrag über kommunale Abfallwirtschaft eingeladen waren. Bei diesem Treffen wurden die ersten Arbeitsschritte für 2015 und die Reaktionsmöglichkeiten der Mitgliedsstädte auf die neue Situation erörtert. Im Rahmen der Sitzungen des EUROCI-

TIES- Umweltforums vom 4- 5. Juni 2015 in Brüssel traf sich die EUROCITIES AG Abfall mit den Arbeitsgruppen „Klimawandel und Saubere Städte“ um mögliche Kooperationen und gemeinsame Aktionen zu besprechen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe beteiligten sich über ihre Unternehmen und ihre Stadtverwaltungen (so auch München) an der Online-Konsultation der Europäischen Kommission zur Kreislaufwirtschaft, die zwischen dem 28.5. und dem 20.8.2015 stattfand. An der großen Stakeholder-Konsultation mit Kommissionsvizepräsident Timmermans zur Kreislaufwirtschaft mit über 600 Teilnehmern am 25.6.2015 haben Mitglieder der Arbeitsgruppe teilgenommen, um ihre Forderungen an die neue Kreislaufwirtschaft darzulegen. An der Online-Konsultation zum Funktionieren der Abfallmärkte beteiligte sich die EUROCITIES Arbeitsgruppe ebenfalls durch die Mitgliedsunternehmen. Bei den Reisen nach Brüssel haben der Vorsitzende und sein Stellvertreter jeweils mehrere Termine mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission wahrgenommen um die Positionen der großen europäischen Städte darzulegen. Durch die Aktivitäten der Arbeitsgruppe wird die Abfallwirtschaft in München bekannter, als Best Practice Beispiel präsentiert und der AWM zur Teilnahme an EU-Projekten oder Konferenzen in verschiedenen Mitgliedstaaten angefragt. Bei der Sitzung am 28. und 29.9.2015 in Mailand informierte sich die Arbeitsgruppe über die neu eingeführte getrennte Biomüllsammlung. Bei dieser Sitzung beschlossen die Mitglieder die Durchführung einer Konferenz zur europäischen Kreislaufwirtschaft im Januar 2016 zusammen mit dem europäischen Dachverband „Municipal Waste Europe“. Bis zum Jahresende soll das von der neuen Kommission am 2.12.2015 vorgelegte Kreislaufwirtschaftspaket ausgewertet werden, um dann in der Sitzung im Januar 2016 mit ersten Aktionen und Gesprächen mit der EU-Kommission beginnen zu können.

2.2.4. Sozialforum

Das Sozialforum bietet Sozialplanern und Fachleuten die Gelegenheit zum Austausch über Fragen der sozialen Sicherung in Stadtgesellschaften. Das Sozialreferat beteiligt sich an thematischen Arbeitsgruppen, die für München von besonderer Relevanz sind. Die Arbeitsgruppen treffen sich in der Regel zweimal jährlich in wechselnden Städten. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt jedes Treffens ist die Besichtigung von erfolgreichen Projekten vor Ort. 2015 war das Sozialreferat in den Arbeitsgruppen Migration und Integration vertreten. Das Referat für Bildung und Sport nahm zusammen mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft an der Tagung des Sozialforums zum Thema „Inklusive und integrative Arbeitsmärkte“ teil.

Bei der Tagung am 11./12.03.15 in Osmangazi (Türkei) ging es hauptsächlich um die wachsende Diversität in europäischen Städten und wie Städte auf den demografischen Wandel und die sich ändernden Herkunftsländer von Flüchtlingen (z.B. Somalia – Kampagne „Meet the Somalis“) reagieren sowie die Auswirkungen auf die Dienstleistungen und Ressourcen der Städte und die öffentliche Meinung. Neun Politikerinnen und Politiker (aus Barcelona, Belfast, Beshiktas, Eindhofen, Leipzig, Lissabon,

Nantes und Osmangazi) haben in einer nicht-öffentlichen Sitzung das von der WG Migration & Integration verfasste Papier „Political statement on asylum and migration“ diskutiert, das im Juni der Europäischen Kommission vorgelegt wurde.

Aus der Podiumsdiskussion sind folgende Punkte zu erwähnen:

Hasan Hüseyin Erdönmez, Vizebürgermeister von Osmangazi (viertgrößter Bezirk in der Türkei) erklärte, dass die Region von 800.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in den 80er Jahren aufgrund von diversen Einwanderungswellen (Binnenwanderung und Einwanderung) gewachsen ist auf drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Viele davon sind Roma (ca. 300.000 Bulgaren) mit festen Jobs und gut integriert, die Industrie zieht viele Migrantinnen und Migranten an. Die Stadtverwaltung hat ihre Dienstleistungen immer wieder den Erfordernissen entsprechend angepasst (vgl. Study Visit Umsiedlungsprojekt). Maria Ryden, Vize-Bürgermeisterin von Göteborg berichtete von neuen Einwanderungsgruppen aus Somalia, Syrien, Iran und Irak. In der schwedischen Stadt herrscht Wohnungsnot, daher gibt es illegale Camps von Roma. Im Norden Schwedens gibt es zwar Wohnungen, aber keine Jobs. Joao Alfonso, Vize-Bürgermeister von Lissabon berichtete von neuen Einwanderern aus der Ukraine und Russland, die besser ausgebildet sind als die ansässige Bevölkerung. Generell beherbergt Lissabon nur relativ wenige Flüchtlinge. Ganz anders in Urrfa, einer türkischen Transit-Stadt an der Syrischen Grenze: Murat Müjedeci (Head of Social Services) setzte die europäische Asylkrise in Bezug zur Situation in Urrfa: Dort leben 500.000 Flüchtlinge in der Stadt und die Stadt musste allein 200.000 weitere Menschen aus Kobane aufnehmen. Allein 70.000 kamen in einer Nacht. Bemerkenswert ist, dass syrische Flüchtlinge Gäste genannt werden.

Beim Study Visit „Urban Transformation Area and Project Office“ wurde eine Umsiedlungsaktion besichtigt. Hier wird eine durch Einwanderung entstandene ungeplante Siedlung (aus statischen Gründen unsicher, Erdbebenregion) abgerissen. In der direkten Nachbarschaft entsteht unter Einbezug der dort Ansässigen eine neue Siedlung. Die Tagung am 20./21. Oktober 2015 in Brüssel stand unter dem Titel „Inclusive Labour Markets“. Hier wurde von der Europäischen Kommission deutlich gemacht, dass die Städte eine entscheidende Rolle bei der Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Menschen in benachteiligten Situationen haben. Die Europäische Kommission möchte auch in der Zukunft die Städte unterstützen, Integrationsmaßnahmen durchzuführen. Die anschließende Arbeitssitzung konzentrierte sich auf das Thema „Grüne Arbeitsplätze für die soziale Inklusion und Integration“. Unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der International Labour Organisation (ILO), LinkedIn Europe, der OECD u.a. wurden Themen wie das Abbilden von Bedürfnissen und Kompetenzen für den lokalen Arbeitsmarkt und die Umsetzung der europäischen „Jugendgarantie“ in den Städten diskutiert. Während der Debatten und der Arbeitssitzungen wurde deutlich, dass das öffentliche Auftragswesen ein leistungsfähiges Werkzeug für die Stadtverwaltung ist, um Inklusion und Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern. Stadtverwaltungen vermögen Unternehmen, Gewerkschaften und relevante

Interessensgruppen zusammenzubringen, um Ideen und Erfahrungen zur Realisierung inklusiver und integrativer Arbeitsmärkte auszutauschen.

LinkedIn kann eine hilfreiche Informationsquelle auf dem lokalen Arbeitsmarkt sein. Stockholm und Mailand arbeiten mit dem international agierenden sozialen Netzwerk zusammen, um die Arbeitsmarktsituation in ihren Städten zu analysieren. So tragen sie zur Entwicklung von wirkungsvollen Strategien mit dem Ziel der Attraktivitätssteigerung des lokalen Arbeitsmarktes für kompetente Arbeitssuchende und des Verbleibs dieser im Arbeitsmarkt bei.

Subventionsprogramme im Großraum Brüssel unterstützen sozial benachteiligte Unternehmerinnen und Unternehmer mit „grünen“ Geschäftsplänen dabei, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Auf diese Weise kann die grüne Wirtschaft erfolgreich zur Arbeitsmarktintegration von bislang ausgeschlossenen Personengruppen beitragen. Dieses und weitere Beispiele werden in der Publikation des Netzwerkes „Grüne Arbeitsplätze für die soziale Inklusion und Integration“ vorgestellt.

Arbeitsgruppe Migration und Integration

Im Jahr 2015 fanden zwei Arbeitsgruppentreffen der Arbeitsgruppe Migration und Integration im Anschluss an die jeweilige Forumstagung statt.

Zu den Prioritäten in 2015 und 2016 gehören die Themen Sozialer Zusammenhalt und die Integration von Flüchtlingen. So war der Schwerpunkt des Social Affairs Forums im März das Thema „Anpassung des Dienstleistungsangebot in den Städten an den demografischen Wandel“ mit einem Schwerpunkt Migration und Flucht.

Im Rahmen des Forum Soziales wurde das Positionspapier zum Thema Flüchtlinge und Asyl, das in der Arbeitsgruppe Migration und Integration unter Beteiligung des Sozialreferates verfasst wurde in einer nicht-öffentlichen Sitzung von den anwesenden Politikerinnen und Politikern diskutiert und im Juni der Europäischen Kommission vorgelegt. In den Arbeitsgruppentreffen der AG Migration und Integration werden die Themen und Strategien diskutiert und jede Stadt bringt ihre Position ein. Die Ergebnisse gehen in ein Positionspapier ein, das nach erneuter Diskussion und Abstimmung der Europäischen Kommission und deren Vertreterinnen und Vertreter sowie den verantwortlichen EU-Politikern präsentiert wird.

Dieses Papier unterstützt die Position, Migration und Flucht als Phänomene zu begreifen, das sich vor allem auf die Städte auswirkt. Erfolgreiche Integration bedeutet aber auch die entsprechende finanzielle Unterstützung seitens der Europäischen Union.

Arbeitsgruppe Europäischer Sozialfonds

In der Arbeitsgruppe Europäischer Sozialfonds (ESF) wurden die begrenzten Möglichkeiten der Städte auf die Umsetzung des ESF auf kommunaler Ebene Einfluss zu nehmen, diskutiert. Kritikpunkte wurden gesammelt, um diese der Europäischen Kommission zu unterbreiten, um auf diese Weise das europäische Partnerschaftsprinzip verbindlicher auszugestalten, was die Einbeziehung von Städten betrifft. Auch im

zweiten Treffen der Arbeitsgruppe stand das Thema Flüchtlinge im Zentrum. Hierzu wurde festgestellt, dass die Migration hauptsächlich in die Städte erfolgt und somit die Integration eine Aufgabe für die Kommunen ist, die finanziellen Mittel aber an die Regierungen fließen.

Die Arbeitsgruppe plant im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) das Projekt „ImpleMentoring 2“ zu beantragen. Das Projekt basiert auf der EUROCITIES Charta zu „Integrating Cities“ - Unsere Verpflichtung zur Integration der Einwanderer und Einwanderergemeinschaften in europäischen Städten. Ziel des Projektes ist ein gegenseitiges Lernen zu vorgegebenen Integrationsthemen. 12 – 16 Städte können daran teilnehmen, voraussichtlich wird sich auch die Stadt München beteiligen, konkret mit einem Projekt zum Thema „Antidiskriminierung am Arbeitsplatz“.

Damit besteht auch die Möglichkeit, dass sich München um die Ausrichtung der Integrating Cities Conference 2018 bewerben kann, die am Ende des zweijährigen Projektes stattfinden wird. Im Rahmen des Monitorings der EUROCITIES Charta zu „Integrating Cities“, die auch von der Landeshauptstadt München unterzeichnet wurde, veröffentlicht die Arbeitsgruppe alle zwei Jahre den „Integrating Cities Charter Report“, in dem die Integrationspolitik und -praxis der Landeshauptstadt München positiv dargestellt wird.

Mit der EUROCITIES-Veröffentlichung im Internet „Cities welcome refugees: Munich“ hob das Netzwerk die Münchner Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen positiv hervor. Als weitere Aktivität der Arbeitsgruppe ist die Vorbereitung des neuen Berichts „Integrating Cities“ zu nennen, der zur Zeit aktualisiert und zu Beginn 2016 veröffentlicht wird.

Auch bei der umfassenden Abfrage zu den Aufgaben und Zuständigkeiten in der Aufnahme von Flüchtlingen „Cities Receiving Asylum-seekers & Refugees Call For Input on City Actions“ hat sich München beteiligt und seine Erfahrungen hierzu eingebracht. Das Sozialreferat hat sich gemeinsam mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft und dem Kreisverwaltungsreferat in diesem Jahr an der Konsultation zur Blauen Karte für die EU beteiligt. Die hierzu eingehenden Beiträge werden dazu beitragen, dass die Europäische Kommission ein politisches Konzept zur Wirtschaftsmigration entwickelt. Darüber hinaus umfasst diese Konsultation einen eigenen Abschnitt zur Regelung der Blauen Karte der EU.

2.2.5. Forum Mobilität

Am Forum Mobilität arbeiten das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Kreisverwaltungsreferat aktiv in den Arbeitsgruppen mit. An der Arbeitsgruppe „Barrierefreie Städte für Alle“ beteiligten sich das Sozialreferat und der städtische Behindertenbeirat. Im Jahr 2015 haben im April in Sofia und im Oktober in Tallinn jeweils Treffen des Forums Mobilität sowie begleitende Fachkonferenzen stattgefunden, an de-

nen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Kreisverwaltungsreferat teilgenommen haben. Während in Sofia bei der begleitenden Konferenz die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und neue Geschäftsmodelle wie Begleitservice, App-basierte und integrierte Verkehrsdienstleistungen (Beispiel MVG-Rad) im Mittelpunkt standen, war in Tallinn Inklusion bei der städtischen Mobilität das Konferenzthema. In Tallinn ist der öffentliche Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger kostenfrei. Dadurch konnte der Autoverkehr deutlich reduziert und die Lebens- und Luftqualität in der Stadt deutlich verbessert werden.

Bei den Treffen des Forums werden inzwischen in folgenden thematischen Arbeitsgruppen Ergebnisse aus entsprechenden EU-Projekten bzw. den verschiedenen europäischen Mitgliedsstädten präsentiert sowie Informationen und Erfahrungen dazu ausgetauscht (in Klammern ist das jeweilige Referat der LHM angegeben, das in der Regel an den Treffen der Arbeitsgruppe teilnimmt):

- Straßenverkehrssicherheit (Kreisverwaltungsreferat)
- Verkehr und Energieeffizienz (Planungsreferat)
- Barrierefreie Stadt für alle (Sozialreferat)
- Transeuropäische Verkehrsnetze (Planungsreferat)
- Entwicklung einer neuen Mobilitätskultur (Kreisverwaltungsreferat)

2015 wurde neu die Arbeitsgruppe „Wirtschaftsverkehr und Flottenmanagement“ eingerichtet, an der (bislang) die Landeshauptstadt noch nicht mitarbeitet.

Arbeitsgruppe Verkehr und Energieeffizienz

In der AG Verkehr und Energieeffizienz stehen derzeit die Themen emissionsarme, alternative Antriebe, Elektromobilität, Sharing-Mobility sowie multimodale Mobilität im Vordergrund. Die Technische Universität München stellte hierzu im Auftrag des Kreisverwaltungsreferates die Mobilitätsstation Münchner Freiheit sowie das geplante Evaluationskonzept vor. Um Erfahrungen mit Mobilitätsstationen in anderen europäischen Städten zu sammeln, wurde vom Kreisverwaltungsreferat eine entsprechende Umfrage bei den Mitgliedsstädten durchgeführt.

Arbeitsgruppe Transeuropäische Verkehrsnetze

In der AG Transeuropäische Verkehrsnetze wurden am Beispiel der holländischen Region Twente und der baltischen Makroregion die Planungen für die beabsichtigten bzw. geplanten (Hochgeschwindigkeits-)Bahnstrecken vorgestellt und diskutiert. Einen breiten Raum nahmen dabei die Finanzierungsprogramme der EU sowie die Auswirkungen auf die jeweils betroffenen Städte ein. Als neues Thema will sich die Arbeitsgruppe auch den Lärmauswirkungen bzw. deren Minimierung widmen.

Im Rahmen der Diskussion zum Thema Inklusion bei der Mobilität in Städten wurde auf die zahlreichen Bemühungen der Landeshauptstadt München hingewiesen, den

öffentlichen Raum und insbesondere den öffentlichen Verkehr möglichst für alle selbstständig nutzbar zu gestalten. Dies beinhaltet vor allem die barrierefreie Erreichbarkeit der Haltestellen sowie die Zugänglichkeit der Fahrzeuge.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr dabei der neue Begleitservice für Menschen mit eingeschränkter Mobilität in München, den das Referat für Arbeit und Wirtschaft gemeinsam mit dem Katholischen Männerfürsorgeverein München, der MVG, dem Sozialreferat, dem Behindertenbeirat und dem Jobcenter des Arbeitsamtes seit Mitte 2015 kostenlos anbietet. Dadurch wird nicht nur Menschen mit Behinderung bei der Nutzung des öffentlichen Verkehrs, beim Arztbesuch oder anderen Aktivitäten geholfen, sondern auch Langzeitarbeitslosen eine sinnvolle Tätigkeit in öffentlich geförderter Beschäftigung ermöglicht.

Das Kreisverwaltungsreferat konnte das Mobilitätsmanagement für Münchner Neubürgerinnen und Neubürger sowie Migrantinnen und Migranten auf der Tagung des Forums in Tallinn im Rahmen eines Workshops zur „Städtische Mobilität für Neuankommende“ vorstellen. Neben den aktuellen Informationen zu Fördermöglichkeiten und Projekten im Rahmen des Forums profitierte das Kreisverwaltungsreferat auch vom Austausch mit den anderen EUROCITIES Städten.

Im März 2016 fand die Tagung des Mobilitätsforums in Münster statt. Behandelt wurde die Frage, wie in Innenstädten mit begrenztem öffentlichem Raum die städtische Mobilität am besten organisiert werden kann.

Arbeitsgruppe Barrierefreie Städte für Alle

Am 17. und 18. Juni 2015 tagte die AG Barrierefreie Städte für Alle in Lissabon. Lissabon zeigte Beispiele von barrierefreien Haltestellen und von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Es gab eine Führung durch das noch nicht eröffnete Museum der Bank von Portugal, das mit großem Aufwand, da es sich um ein historisches Gebäude handelt, barrierefrei angepasst wurde. Hier war die Präsentation der Exponate sehr interessant, bei der versucht wurde, auf alle Sinne einzugehen, damit auch Menschen sowohl mit Hör- als auch Sehbehinderungen etwas vom Museumsbesuch haben.

Sehr beeindruckend ist das interdisziplinäre Team in Lissabon, das für die Barrierefreiheit zuständig ist. Es fiel auch auf, wie gut sie mit Menschen mit Behinderungen zusammenarbeiten, von diesen Expertinnen und Experten in eigener Sache waren viele bei der Tagung anwesend. Der zweite Tag war vor allem dem Wohnungsbau gewidmet: Die Stadt Lissabon präsentierte ihre Aktivitäten, barrierefreien Wohnraum zu fördern durch den Umbau ganzer Stadtviertel ebenso wie bestehende Wohnungen individuell barrierefrei anzupassen. Eine wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fachhochschule Frankfurt stellte Planungen vor, um den Altbestand an Wohnungen in Frankfurt barrierefrei umzurüsten. Wobei hier wie überall in deutschen Städten das Problem besteht, dass Aufzugnachschränkungen sehr problematisch sind, weil die Aufzugstüren immer in den Zwischengeschoßen öffnen. Ohne großen Verlust an Wohnraum ist das kaum möglich. Studentinnen und Studenten in Frankfurt haben hier ein Umbaukon-

zept entworfen, bei dem zumindest für die Hochparterrewohnungen eine Lösung vorgesehen ist. Außerdem ging es um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UNBRK): Es kamen Beispiele von diversen Projekten, so aus Berlin (Wheelmap), Ljubljana (Ausweitung der barrierefreien Fußgängerzone) und bei Oslo ging es um eine altersfreundliche Stadt, ein Projekt, das gemeinsam mit der WHO entwickelt wird. Auch Lissabon berichtete noch einmal von der Barrierefreiheit im Öffentlichen Raum und dem Fußgängerkonzept.

Am letzten Tag ging es um die Frage, was barrierefreies Bauen kostet bzw. wie teuer es kommt, wenn später umgebaut werden muss.

Interessant war auch der Beitrag eines Mitarbeiters von Neumann Consult, der v. a. am Beispiel des barrierefreien Tourismus und der Nachfrage danach herausgearbeitet hat, dass Barrierefreiheit Arbeitsplätze schafft.

Den Abschluss bildete eine Diskussion unter politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten (stellvertretende Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister von Leipzig, Paris und Lissabon) sowie einigen Vertreterinnen und Vertretern der EU zu der Frage, was man politisch braucht, um die UNBRK zu implementieren, welche Ansätze es in den einzelnen Städten gibt und was die EU da unterstützend tun kann.

2.2.6. Dem Exekutiv-Komitee zugeordnete Arbeitsgruppen **Arbeitsgruppe Kommunale Daseinsvorsorge**

2015 setzte München den Vorsitz der EUROCITIES Arbeitsgruppe „Öffentliche Dienstleistungen“ mit derzeit etwa 30 europäischen Städten fort. Die AG Leitung bietet einen guten Ausgangspunkt, um gezielt Münchner Interessen in die EU-Politik einzubringen, denn München hat in der Leitungsfunktion die Möglichkeit, politische Stellungnahmen zu initiieren und Erstentwürfe zu fertigen – so ist eine maßgebliche Einflussmöglichkeit in Brüssel gegeben.

Schwerpunkt der Arbeitsgruppe bildet das Lobbying gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zu allen Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge. Im vergangenen Jahr betraf dies das öffentliche Beihilferecht, das öffentliche Auftragswesen, aber auch internationale Handelsabkommen. Hier konnte die Arbeitsgruppe mit der von ihr lancierten EUROCITIES-Erklärung zu Freihandelsabkommen einen Erfolg verzeichnen: Viele der Forderungen aus der Erklärung betreffend das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP - wie etwa bessere Information und Ausnahmeregelungen für die kommunale Daseinsvorsorge wie Regelungen des Marktzugangs für öffentliche Dienstleistungen wurden von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament übernommen.

Ein weiterer Fokus lag auf der Umsetzung des EU-Richtlinienpakets zur öffentlichen Vergabe und den sich daraus bietenden Gestaltungsmöglichkeiten. Bereits Ende 2014 hatte die Arbeitsgruppe hierzu einen Workshop unter Beteiligung der Europäischen Kommission veranstaltet. Es wurde herausgearbeitet, wie innovative und vor-kommerzielle Auftragsvergabe von Kommunen genutzt werden kann, um mit Unter-

nehmen im Wettbewerb neue Ideen und Lösungen für einen öffentlichen Bedarf zu entwickeln. In 2015 wurde diese Seminarreihe erweitert und fortgesetzt. Dabei ging es insbesondere auch darum, wie das öffentliche Auftragswesen genutzt werden kann, um Arbeitsmarktpotentiale zu erschließen.

In der EUROCITES-Erklärung zur Arbeit vom Februar 2015, an deren Abfassung sich die Arbeitsgruppe und auch die Stadt München mit Beiträgen beteiligt hatten, wird ausdrücklich auf die Verantwortung der europäischen Städte als öffentliche Auftraggeber von Gütern und Dienstleistungen eingegangen und die maßgebliche Rolle, die ihnen hierbei im Bereich der Förderung der lokalen Wirtschaft zukommt, hingewiesen. In diesem Sinne veranstaltete die Arbeitsgruppe im November 2015 eine zweitägige Tagung für über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Brüssel mit dem Ziel, zusammen mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Mitgliedsstädten, Universitäten und der Europäischen Kommission auszutauschen, wie die EU-Vergaberichtlinien und ihre Umsetzung in nationales Recht genutzt werden können, um die nachhaltige Vergabe in Europas Städten stärker zu verankern. Die Vergabestelle der Landeshauptstadt München nutzte die Chance darzulegen, inwieweit München bereits heute die europäischen Vergabevorschriften nutzt, um soziale und ökologische Kriterien bei der öffentlichen Vergabe berücksichtigen zu können. Mitglieder des Münchner Stadtrates beteiligten sich ebenfalls an der Diskussion. Kontrovers diskutiert wurde, wie politische Ziele, beispielsweise der Aufbau eines inklusiven Arbeitsmarktes, durch soziale Vergabekriterien stärker gefördert werden können. Da hier die Praxis in einigen europäischen Städten und die Auffassung der Europäischen Kommission mit einer streng wirtschaftlich ausgerichteten Sichtweise auseinandergehen, wird dieses Thema die Arbeitsgruppe auch weiterhin begleiten.

Im Vorgriff auf die Bewertung ihrer Beihilferechtsvorschriften durch die Europäische Kommission in 2016/2017 hat die Arbeitsgruppe die EUROCITIES-Erklärung zu „Öffentlichen Dienstleistungen und Beihilferecht“ überarbeitet, um so gezielt die Probleme, welche große Europäische Städte bei der Umsetzung der europäischen Regeln haben, anzusprechen und auf eine Änderung hinzuwirken. Unterstützt wird diese politische Erklärung durch eine Reihe von praktischen Beispielen der Mitgliedsstädte. So sind etwa für München die derzeitigen Schwellenwerte, ab denen eine europäische Vergabe vorgenommen werden muss, welche die Renovierung und den Ausbau von Kultureinrichtungen betreffen, zu niedrig. In diesem Zusammenhang beschäftigt sich die Arbeitsgruppe auch wieder verstärkt mit dem Thema sozialer Wohnungsbau. Zusammen mit der EUROCITIES Arbeitsgruppe zum Sozialen Wohnungswesen wurden die Auswirkungen der neuesten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshof auf die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in den Mitgliedsstädten analysiert. Die Europäische Kommission tendiert auch hier dazu, den gesamten Bereich mittels des EU-Wettbeihilferechts zu regulieren. Die Arbeitsgruppen haben sich in ihrer Erklärung zu Öffentlichen Dienstleistungen und zum Beihilferecht an die Europäische Kommission gewandt, um dieser Entwicklung entschieden entgegenzuwirken.

2.3. EUROCITIES Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung 2015 in Malmö / Kopenhagen

Die EUROCITIES Jahreskonferenz 2015 stand unter dem Motto "Living Cities - sustainable growth and quality of life" und wurde gemeinsam von den Städten Malmö und Kopenhagen ausgerichtet. Beide Städte präsentierten bei der Konferenz vorbildliche Maßnahmen, wie Städte sich mit dem Klimawandel auseinandersetzen können und diesen mit operativ wirksamen Strategien begegnen. Kopenhagen, die Grüne Hauptstadt Europas 2014 will bis 2025 CO₂ - neutrale Stadt werden.

"Sustainable city development" ist eine Leitlinie, die auf den verschiedensten Ebenen zum Ausdruck kommt und zum Selbstverständnis beider Städte zählt. Sie wird beispielsweise durch folgende Maßnahmen umgesetzt, die bei der Konferenz vorgestellt wurden:

- Keine Zersiedelung der Landschaft; mehr Hochhäuser, damit Grünflächen erhalten bleiben
- Doppelt so breite Radwege wie in München, Fahrrad-Vorrangschaltung und attraktive Fahrradabstellanlagen
- Malmö-Westhafen: Neubaugebiet, das sich autark mit Sonnen- und Windenergie versorgt.
- Busflotte der Stadt Malmö wird zu 100% mit Biogas (gewonnen aus Abfall und Abwasser) betrieben
- Dächerbegrünungsprogramm und Förderung des Anbaus von Obst und Gemüse durch die Bürgerinnen und Bürger ("Urban Gardening")
- 90% Bioessen in öffentlichen Einrichtungen (Kopenhagen)

Als Hauptredner konnte Philipp Rode von der London School of Economics gewonnen werden, der einen Vortrag zu „Cities and sustainable growth - coupling prosperity and environment“ hielt.

Frau Stadträtin Dietrich hat in Malmö am „Runden Tisch Beschäftigung“ teilgenommen und das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm vorgestellt.

Die Stadt Kopenhagen nutzte die Gelegenheit, ihr „Nachbarschaftszentrum“ ("Innovation House") vorzustellen, das als niederschwellige Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen fungiert, um Verbesserungsvorschläge im Quartier anbringen zu können, bürgerschaftliches Engagement zu fördern sowie daraus resultierende Geschäftsideen zu unterstützen.

Darüber hinaus wurde bei der Konferenz die Herausforderung der Integration von Flüchtlingen thematisiert, denen sich Europas Städte stellen müssen. Die Stadt Malmö präsentierte hierzu ihre Erstaufnahmestelle. Frau Stadträtin Dr. Ohlhausen und Frau Stadträtin Boesser, die die Einrichtung besuchten, fänden es hilfreich, wenn über EUROCITIES 2016 ein politischer Erfahrungsaustausch zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Migranten organisiert werden könnte.

2.4. EUROCITIES-Veranstaltungen in München 2015

Im abgelaufenen Jahr haben die städtischen Referate keine EUROCITIES-Veranstaltungen in München abgehalten.

3. Für 2016 geplante Aktivitäten in Foren und Arbeitsgruppen in München

Bislang liegen für 2016 zwei Vorschläge vor, EUROCITIES- Arbeitsgruppen in München auszurichten. Der Abfallwirtschaftsbetrieb München möchte die Arbeitsgruppe Abfall im Mai 2016 nach München einladen. Thema wird die europäische Kreislaufwirtschaft sein. Den Mitgliedern der Arbeitsgruppe wird Gelegenheit gegeben, die Weltleitmesse für Umwelttechnologien (IFAT) zu besuchen.

Im Herbst 2016 wird auf Einladung des Referates für Gesundheit und Umwelt die Arbeitsgruppe Stadtlärm in München tagen.

Die Vorlage ist mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Sozialreferat, dem Referat für Bildung und Sport, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Kulturreferat sowie dem Direktorium abgestimmt.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Manuel Pretzl, und die Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, haben jeweils einen Abdruck der Bekanntgabe erhalten.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Josef Schmid
2. Bürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.

über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt

IV. W.v. RAW - FB I

zur weiteren Veranlassung.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA I
An das Referat für Gesundheit und Umwelt
An das Sozialreferat
An das Baureferat
An das Kulturreferat
An das Referat für Bildung und Sport
An das Kommunalreferat
An das Kreisverwaltungsreferat
An das Direktorium – HA III

z.K.
Am